

www.revolution.de.com

Mobilize

Samstag, 9. Dezember
Naziaufmarsch durch Berlin-Schöneweide
Achtet auf Ankündigungen!
☛ www.abso-berlin.tk

Sonntag, 14. Januar
Luxemburg-Liebknecht-(Lenin-)Demo
14 Uhr, Frankfurter Tor, Berlin
☛ www.ll-demo.de

24.-28. Januar
World Economic Forum in Davos/Schweiz
Proteste dagegen in Basel
☛ www.revo.ch.tc

Samstag, 2. Juni
Großdemonstration gegen den G8-Gipfel
☛ www.g8-2007.de
☛ www.gipfelsoli.org
☛ www.antig8.tk

6.-8. Juni
G8-Gipfel in Heiligendamm bei Rostock
☛ www.g-8.de (offizielle Seite)

Café Rojo

Das rote Jugendcafé in Schöneberg/Kreuzberg
★ jeden Freitag um 17 Uhr in der Roten Insel ★
Mansteinstr. 10 ★ U+S-Bhf Yorckstraße

1.12.: Aufstände in Mexiko
In Oaxaca/Mexiko haben die Massen die bürgerliche Regierung verjagt und eine eigene gebildet

8.12.: Polizeitaktik
Über Zivis, Kameraüberwachung und kodierte Polizeizeugen – am Beispiel des Falls Christian S.

15.12.: Israel nach dem Krieg
Die Niederlage gegen Hisbollah löst eine Krise aus – Diskussion mit einem Anarchisten aus Jerusalem

22.12.: Muppets Weihnachten
Eine Geschichte über Gier, Konsum, Weinachten – die Muppets spielen den Roman von Dickens

Änderungen vorbehalten!

☛ www.caferojo.de.vu

Ein paar Worte vom Layouter...

Diese Nummer von REVOLUTION hat den Schwerpunkt Lateinamerika, mit Beiträgen über Kolumbien, Mexiko, Venezuela und Brasilien. Genauso viel hätte man über Nicaragua, Bolivien, Argentinien – eigentlich alle Länder des Kontinents – schreiben können.

Wichtig ist, dass wir nicht nur die Klassenkämpfe *a lo Latinoamericano* bewundern, sondern auch versuchen, auf unserem Kontinent solche Zustände zu schaffen. Auf der letzten Titelseite hatten wir ein Bild von einer Frau aus Oaxaca. Jetzt ein Zitat von ihr: *„Organisierung und Mobilisierung – das sind unsere einzigen Waffen."*

Berlin, 26. November 2006

Liebe Revo...

Demonstration statt Bratwurststation

Am Samstag, den 21.10., hatte der DGB zu einem bundesweiten Aktionstag unter dem Motto *„Das geht besser – aber nicht von alleine"* aufgerufen. In vielen deutschen Städten wurde demonstriert, u.a. in Hamburg, München, Stuttgart und Frankfurt/Main. Nur in Berlin sollte es auf Weisung der DGB-Führung keine Demonstration geben, sondern nur eine große Kundgebung vor dem Brandeburger Tor, die sich letztendlich mit ihren vielen Bratwurst-, Getränkeständen und Großbildleinwänden nur unwesentlich von der WM-Fanmeile im Sommer unterschied.

Allerdings gab es doch eine Demo, angemeldet wurde sie vom Berliner Sozialforum und anderen Gruppen. Auch das SchülerInnenbündnis „Bildungsblockaden einreissen", welches am 13.09. in Berlin einen Schulstreik mit fast 10.000 SchülerInnen organisiert hatte, war dabei. Die SchülerInnen riefen – gemeinsam mit einem StudentInnenbündnis gegen Studiengebühren – zu einem Jugendblock auf, um speziell gegen die Angriffe auf das Bildungs- und Ausbildungssystem zu protestieren und gleichzeitig ihren Protest mit dem anderer Bevölkerungsgruppen, die von Sozialabbau betroffen sind, zu verbinden.

Um 12 Uhr setzte sich die Demo mit dem Jugendblock in Bewegung, um über den Boulevard Unter den Linden Richtung Brandenburger Tor zu laufen. Natürlich waren auch AktivistInnen von REVOLUTION aus Berlin, Bernau und Wolfsburg am Start. Als Teil des Jugendblocks,



der mit 1.000 Personen recht groß war, schafften wir es die anfänglich etwas lahme Stimmung zu kippen und – nicht zuletzt dank unseres neuen Megaphons – lautstark nicht nur gegen die sogenannten "Reformen" der Großen Koalition und der Berliner Landesregierung zu protestieren, sondern auch antikapitalistische Inhalte in den Block und über ihn hinaus in die ganze Demo zu tragen. Nebenbei rockte MC Holger Burner aus Hamburg vom Lautsprecherwagen aus.

von Antonio aus Tempelhof | Artikel geht weiter auf der Website: www.revolution.de.com/revolution/0610/21oktober/bericht.html

Nur noch sieben Monate!

Am 11.-12. November versammelten sich rund 450 AktivistInnen in Rostock für die "internationale Aktionskonferenz gegen die G8". Im Juni 2007 treffen sich die Chefs der acht mächtigsten Staaten der Welt (USA, Kanada, BRD, Frankreich, UK, Italien, Japan, Russland) im Kempinski-Hotel in Heiligendamm, in der Nähe von Rostock. In den letzten Jahren haben massenhafte Proteste gegen die G8 bewirkt, dass ihre Treffen aus den Städten in entlegene Luxushotels getrieben wurden. Auch in der BRD müssen sich die Mächtigsten der Mächtigen hinter hohen Zäunen treffen – denn auch hier wird es zu Massenprotesten kommen.

AktivistInnen aus ganz Europa waren für die Aktionskonferenz angereist: Aus Dänemark, England, Polen, Griechenland und sogar Russland. Die Zahl der Themen, die man bei einer Mobilisierung gegen die G8 ansprechen könnte, war praktisch unendlich. *„Der G8-Gipfel kommt alle acht Jahre in dein Land, und du hast nur eine Woche, um alles zu sagen, was du sagen willst"* fasste ein Aktivist aus England die Problematik zusammen.

Im Vorfeld bzw. während des G8-Gipfels sind geplant: Eine Großdemonstration (am Samstag, den 2. Juni), Aktionstage zu den Themen Migration und Krieg, ein Alternativgipfel, ein Konzert, ein Camp und vor allem Straßenblockaden, um die tausenden Dolmetscher, Berater und Helfer der G8-Oberhäupter bei der Anreise nach Heiligendamm zu behindern.

von Wladek aus Kreuzberg | Artikel geht weiter auf der Website: www.revolution.de.com/revolution/0611/rostock/index.html

Group of 20 in Melbourne

Am 18. November versammelten sich AktivistInnen aus ganz Australien, um an einer Demo gegen den G20-Gipfel im Grand Hyatt-Hotel in Melbourne teilzunehmen. Die G20 schliesst die 19 reichsten Staaten und die EU zusammen.

Viele dezentralen Aktionen wurden während der Woche organisiert, aber das Hauptevent war eine Demo von der Staatsbibliothek direkt zum Hyatt. Sie wurde einige hundert Meter vor dem Hotel blockiert. Rund 3.000 Menschen nahmen an der Demo teil – Kampagnen der Indigenen für soziale Gerechtigkeit, Bürgerrechtskollektive, Anti-Kriegsgruppen und Umweltorganisationen waren dabei. Auch tanzende, neongrüne Zombies waren gekommen, um auf die Zerstörung der Umwelt aufmerksam zu machen. Alle waren mit dem Message vereint: G20 nicht willkommen!

Jetzt können wir von der Erfahrung des G20-Gipfels lernen, um uns auf den G8-Gipfel 2007 in Deutschland und der APEC-Konferenz 2007 in Sydney vorzubereiten.

Michelle aus Melbourne | www.revo.au.tt

BLÖD ist Blöd

Ich finde die BLÖD-Zeitung, die immer auf der letzten Seite erscheint, nicht lustig. Außerdem verwirrt sie mich ziemlich.

von Roman aus Berlin

Auflösungserklärung

Wir, die groß- und kleinbürgerliche Jugendorganisation KONTERREVOLUTION, haben uns entschieden, uns zum Ende des Jahres 2006 aufzulösen. Seit einem halben Jahr hatten wir die BLÖD-Zeitung herausgeben, um der starren Propaganda von REVOLUTION, die die Jugend verseucht, etwas entgegenzusetzen.

Seid uns jedoch unseres ewigen abgrundtiefen Hasses bewusst.

KONTERREVOLUTION / BLÖD-Reaktion-Redaktion

Wo ist dein Bericht/Leserbrief?

Schick ihn an: info@revolution.de.com

Coca-Killer

Schulen und Unis weltweit boykottieren Coca-Cola wegen Menschenrechtsverletzungen

Fakt ist, dass die Coca-Cola Company der weltweit größte Getränkehersteller ist. Täglich fließen über eine Milliarde Getränke die Kehlen hinab. Es ist jedoch genauso Fakt, dass dieser Konzern nicht einmal davor zurückschreckt, über Leichen zu gehen, um seine Interessen durchzusetzen...

Morde on the Coke side of life?

Beispiel Kolumbien: Die Arbeitsbedingungen in den Coke-Abfüllanlagen sind katastrophal. Gewerkschaftliche Organisierung wird durch Paramilitärs (rechtsextreme Privatsöldner) unterbunden.

In den letzten 15 Jahren gab es in Kolumbien bereits neun dokumentierte Mordfälle an GewerkschafterInnen, die bei Coca-Cola tätig waren. Unzählige ArbeiterInnen, die auch für ihre sozialen Interessen kämpfen, sind ebenso dem Terror der Paramilitärs, den Drohungen, der Folter oder Verschleppung, ausgesetzt.

Die Subunternehmen und natürlich auch der Mutterkonzern selbst profitieren von der Politik der rechten Paramilitärs. Es wäre ein Leichtes für Coke, gegen die Praktiken seiner Tochterunternehmen vorzugehen, aber erst durch öffentlichen Druck, u.a. durch Klagen, die gegen Coca-Cola eingereicht wurden, reagierte der Konzern auf die Vorwürfe...

Wasserklau on the Coke side of life?

Doch Coca-Cola schränkt nicht nur Arbeitsrechte erheblich ein, nein, Menschenrechte und Umweltstandards müssen auch dran glauben.

Beispiel Indien: Hier macht sich der Getränkekonzern des Wasserraubs schuldig. Seine Abfüllanlagen verbrauchen täglich Millionen Liter Wasser, obwohl – oder besser gesagt weshalb – weitestgehend starke Wasserknappheit im Land herrscht.

Es ist kein Wunder, dass der Protest gegen Coca Cola überwiegend von den am Rande der indischen Gesellschaft lebenden Gruppen getragen wird. Diese sind von den Praktiken Coca-Colas größtenteils betroffen. Wie z.B. die Bauern. Wasser und Land sind unverzichtbar für die Landwirtschaft.

Durch den Wasserraub und die Verschmutzung des verbleibenden Wassers sowie des Bodens, u.a. durch giftige Schwermetalle, gefährdet der Konzern die Lebensgrundlage von einem erheblichen Teil der indischen Bevölkerung. Die willkürliche Verschmutzung der allgemein zugänglichen Grundwasserquellen durch Coca-Cola hat dramatische Langzeitfolgen.

Widerstand on the Coke side of life!!!

Die nur nach Profit ausgerichteten Praktiken der Coca-Cola Company lassen sich nicht mehr leugnen.

Der Boykott findet seine Anfänge bei den Menschen, die direkt unter der Politik des Coke-Konzerns leiden müssen, den ArbeiterInnen vor Ort. Doch der Protest ist längst nicht mehr auf Kolumbien beschränkt, wo er durch SINALTRAINAL (die kolumbianische Lebensmittelgewerkschaft) ins Rollen gebracht wurde.

Angefangen bei einer ganzen Reihe von Universitäten in den USA sowie in Irland, England und Kanada, die millionenschwere Verträge mit dem Konzern auf Eis legten, bis hin nach Deutschland, wo sich auch StudentInnen der Kölner Uni und die Gewerkschaft ver.di mit den Betroffenen solidarisieren, fordern weltweit Einzelpersonen und Organisationen zum Boykott der Produkte des weltgrößten Getränkekonzerns auf. Auch in Berlin haben die Studentenparlamente der FU und der UdK einen Boykott beschlossen.

Wir fordern verstärkten öffentlichen Druck um angemessene soziale und ökologische Standards bei Coca-Cola durchzusetzen.

Make the protest real!!!

Zeigt Solidarität! Informiert euch und andere über Coca Cola! Beteiligt euch am Boykott an unserer Schule! Wir fordern:

Keine Coca-Cola mehr an dieser Schule!

Kampagne gegen Coca-Cola an Berliner Schulen
www.coca-killer.de.tc | www.kolumbienkampagne.de

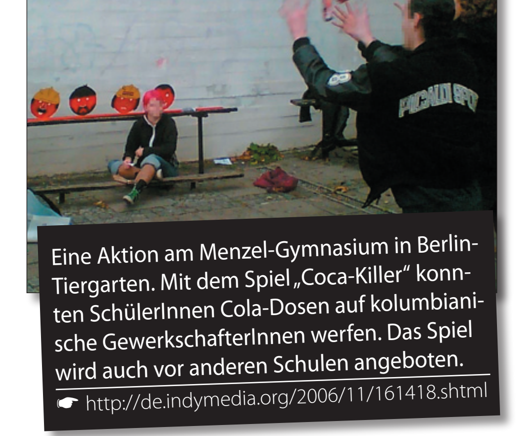
Coca-Cola in Kolumbien profitiert von Mord und Erpressung

Die Coca-Cola Company, mit etwa 55.000 ArbeiterInnen weltweit, hat letztes Jahr 4,9 Milliarden Dollar Profit gemacht.

Die Getränke werden auch von zahlreichen Tochterfirmen produziert. In den Abfüllanlagen von Panamco, kolumbianischem Subunternehmen von Coca-Cola, arbeiten etwas mehr als 10.000 Menschen bei der Produktion von Coke. (Interessanterweise darf der Konzern die Coca-Pflanze verarbeiten, was sonst verboten ist.)

In Kolumbien herrscht seit Jahrzehnten Terror gegen die Arbeiterbewegung und die Linke: In den letzten 15 Jahren wurden rund 4.000 GewerkschaftsaktivistInnen von rechten Paramilitärs ermordet. Bei Coca-Cola gibt es neun dokumentierte Mordfälle.

Diese Repression diente dazu, die Löhne der ArbeiterInnen zu drücken und so die Profite der Firma zu maximieren.



Eine Aktion am Menzel-Gymnasium in Berlin-Tiergarten. Mit dem Spiel „Coca-Killer" konnten SchülerInnen Cola-Dosen auf kolumbianische GewerkschafterInnen werfen. Das Spiel wird auch vor anderen Schulen angeboten.
☛ http://de.indymedia.org/2006/11/161418.shtml

So wurde die Zahl der ArbeiterInnen mit regulären Verträgen von 10.500 auf 1.800 gesenkt. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ging von 1.500 auf 450 zurück. Jetzt bedeutet ein Arbeitsplatz bei Coke Schuften für nur 30 Cent pro Stunde, bis zu 20 Stunden am Tag!

Wegen der allgemeinen Straflosigkeit in Kolumbien, musste sich die Gewerkschaft an die internationale Öffentlichkeit wenden und zum Boykott aufrufen.

Mit dieser Kampagne wollen wir keine SchülerInnen dazu bringen, Pepsi zu trinken. Vielmehr geht es darum, sich die unaufhörliche Gewalt des globalen Kapitalismus bewusst zu machen.

Macht die Straße
Macht den Weg fr

Die Massen in Oaxaca/Mexiko haben die Massen die bürgerliche Regierung verjagt und eine

Die Provinz Oaxaca in Südmexiko ist ein Zentrum des Tourismus: die koloniale Altstadt, die vielen Kirchen, die Geburtsstätte des mexikanischen Revolutionsheldes Benito Juarez und die Cacao-Chili-Soße namens Molé ziehen Touristen aus aller Welt an. Aber seit dem Sommer steht auf dem Zocalo, dem Zentralplatz der Stadt Oaxaca, ein berühmtes Graffiti:



Der Touristenbetrieb ist durch einen Massenaufstand unterbrochen worden.

Der Lehrerstreik

Oaxaca ist die zweitärmste aller mexikanischen Provinzen – rund die Hälfte seiner 3,5 Millionen EinwohnerInnen leben in Armut. Seit 25 Jahren ist es Tradition, dass die LehrerInnen sich jedes Jahr am 1. Mai in der Stadtmitte versammeln und einige Tage oder Wochen dort zelten, bis ihnen eine kleine Gehaltserhöhung zugestanden wird.

Doch dieses Jahr liess der Gouverneur, Ulises Ruiz Ortiz (kurz: URO) die Zeltstadt der LehrerInnen mit Kampfhunden, Tränengas und scharfer Munition auseinander jagen. Die 30.000 LehrerInnen mussten sich zurückziehen, kehrten aber nach einigen Stunden zurück, eroberten die Stadtmitte, besetzten Regierungsgebäude und bauten Barrikaden.

Am 16. Juni demonstrierten 300.000 Menschen für den Rücktritt des Gouverneurs URO. Am Tag darauf gründete sich die Volksversammlung der Völker Oaxacas (Spanisch: APPO), ein Zusammenschluss von 350 Gewerkschaften, Studenten-, Bauern- und Indigenenorganisationen, die sich zur Regierung der Provinz erklärte – allerdings eine „andere Art von Regierung". Sie forderten die Bevölkerung auf, in Stadtvierteln und Dörfern Versammlungen abzuhalten und Delegierte zu wählen. *„Kein Anführer wird unsere Probleme lösen"* hieß es zur Begründung.

Die alte Regierung behauptete, weiterhin alles unter Kontrolle zu haben. Aber das hat wohl keiner geglaubt, da der Regierungssitz besetzt blieb und URO seine Amtsgeschäften in Hotels weit außerhalb der Stadt nachgehen musste.

Die APPO organisierte die Bildung, die Gesundheitsversorgung, die Verteilung von Essen, den Schutz der Bevölkerung vor Polizeiübergriffen – quasi eine eigene Polizei – und viel mehr.

Für die Aufständischen spielten die Kommunikationsmittel eine zentrale Rolle. Ursprünglich wollten DemonstrantInnen gegen die Verleumdungen der staatlichen Medien demonstrieren; sie versammelten sich vor dem Radiosender und forderten, dass ihre Gegendarstellung vorgelesen würde. Als das ihnen verweigert wurde, besetzten sie den Sender, kurz darauf noch einen Radio- und einen Fernsehsender.

Die APPO-Sendungen wurden für und von der Bevölkerung gemacht: sie haben Proteste koordiniert, Strategien debattiert und auch Bildung angeboten. Wie eine Vertreterin der Koordinierung der Frauen Oaxacas meinte: *„Die Geschichte der Bewegung hat uns gelehrt, die Organisierung und die Mobilisierung – das sind die einzigen Waffen der ArbeiterInnen und BauerInnen."*

Der Krieg

Die Hauptforderung der Aufständischen war der Rücktritt von URO. Für die Herrschenden in Mexiko wäre es kein Ding gewesen, ihn fallen zu lassen und durch einen genauso korrupten aber etwas weniger verhassten Politiker zu ersetzen. Aber sie hatten offensichtlich Angst, dass der Aufstand von Oaxaca Schule machen könnte.

Deshalb haben Polizisten und Anhänger der Regierungspartei PRI die Aufständischen terrorisiert, auf die Barrikaden geschossen, AktivistInnen verschleppt usw. Dabei wurde ein Fotograf von Indymedia New York, Brad Will, zusammen mit mexikanischen DemonstrantInnen erschossen. Dieser Mord, bei dem selbst der US-amerikanische Botschafter Polizisten als Täter vermutet, wurde dann als Anlass genommen, Regierungstruppen in die Stadt zu schicken.

Am 29. Oktober liess der scheidende Präsident Mexikos, Vicente Fox, die Aufstandspolizei auf Oaxaca los. 4.000 Truppen der militarisierten Bundespolizei (Spanisch: PFP) marschierten in die Stadt ein, während 5.000 am Rande warteten.

Über 50 AktivistInnen der APPO wurden verhaftet und einen Radiosender gestürmt. Aber durch heftige Kämpfe konnte die APPO das Universitätsviertel der Stadt (und den dortigen Radiosender) halten.

Am 6. November demonstrierten über eine Million Menschen beim „Megamarcha" gegen URO und für die APPO – eine beeindruckende Zahl in einer Stadt mit 220.000 EinwohnerInnen. Die Versuche der Regierung, die „Ruhe und Ordnung" im Sinne der Kapitalisten wieder herzustellen, gelingen nicht vollständig. Die Straßenkämpfe dauern ununterbrochen an – am Tag von unserem Redaktionsschluss meldete die APPO drei Tote bei Straßenkämpfen.

Die Kommune

Kurz nach dem Angriff auf Oaxaca gab es eine Solidemo in Mexiko-Stadt mit 50.000 Menschen, unter dem Motto: *„Wenn sie Oaxaca zu zerquetschen versuchen, wird ganz Mexiko aufstehen."*

Realisiert werden konnte diese Losung allerdings nicht. Für einen solchen, landesweiten Aufstand wäre mehr als ein Bezug zu Oaxaca notwendig: die ArbeiterInnen, BauerInnen, Studierenden und Armen von ganz Mexiko müssten das Beispiel der *Oaxaqueños* folgen und ihre eigene Kampfstrukturen bilden.

In diese Richtung ging die APPO, als über 3.000 Delegierte aus der gesamten Provinz am konstituierenden Kongress teilnahmen. Die Forderungen nach dem Rücktritt von URO und dem Abzug der PFP wurden für unverhandelbar erklärt und ein Aktionsplan für die nächsten Monate wurde erstellt.

Aber die Frage, in welche Richtung die APPO sich entwickeln soll, konnte nicht beantwortet werden. Ein Flügel möchte die APPO zu einer einfachen Koordinierung der sozialen Bewegungen machen, oder sogar zu einer Art politischer Partei, die dann in den Provinzkongress einziehen könnte.

Ein anderer, größerer Flügel möchte die APPO als die legitime Regierung des Bundesstaates etablieren. Die Gremien der APPO, die von Delegierten aus allen Städten und Dörfern Oaxacas gebildet wurden, die direkt gewählt und jederzeit abwählbar sind, sind weitaus demokratischer als die „offizielle" Demokratie, in der alle paar Jahre gewählt wird und Korruption und Wahlbetrug die Regel ist.

Bei dem Kongress der APPO war die Mehrheit der Delegierten dem linken Lager zuzurechnen – aber diese Strömung war unorganisiert. Deshalb versuchten sie, die Befugnisse der Führung, die bislang von kompromisswilligen Kräften dominiert wurde,

dicht!



eigene gebildet

möglichst einzuschränken. Es wäre aber notwendig für den Kampf, dass die Linken eine eigene, handslungsfähige Führung wählen.

Sollte die APPO überleben, muss sie den Aufstand in Oaxaca und darüber hinaus ausweiten. Die Geschichte jeder Revolution zeigt, dass die Macht der Herrschenden (in Form ihres Staates) nicht einfach paralell zu einer Macht der Unterdrückten (in Form der APPO, des Arbeiterrats oder wie es auch immer heißt) existieren kann. Entweder wird die ein System von Arbeiter- und Bauernräten über ganz Mexiko ausgedehnt, oder sie werden tatsächlich vom Zentralstaat zerquetscht.

Die Revolution?

In letzter Zeit hat Mexiko nicht gerade wenige Proteste erlebt. Der Aufstand der ZapatistInnen in den indigenen Gemeinschaften der benachbarten Provinz Chiapas hält seit zehn Jahren an. Diesen Sommer gab es riesige Proteste gegen den Wahlbetrug, der den Mitte-Links-Kandidaten Lopez Obrador von der Präsidentschaft abhielt; Dabei kamen über eine Million Menschen auf dem Zentralplatz von Mexiko-Stadt zusammen.

Da sind zwei verschiedene Proteststrategien, die oft als „Gegenmacht" bzw. „Volksmacht" bezeichnet werden. Der Aufstand von Oaxaca ist weitaus erfolgreicher gewesen, weil die APPO (ob es geplant war oder nicht) nicht nur die Macht der bürgerlichen Institutionen in Frage stellte, sondern begann, eigene, proletarische Institutionen aufzubauen.

Beim Aufstand von Oaxaca werden Erinnerungen an die Pariser Kommune wach.

Nach einem erfolgreichen Aufstand im Jahr 1871 bildeten die ArbeiterInnen von Paris die Kommune. Aber diese Regierung der ArbeiterInnen konnte sich nicht auf Frankreich ausdehnen und wurde von der Armee blutig niedergeschlagen. Die „Kommune von Oaxaca" leidet unter den gleichen Problemen.

ReformistInnen in und um die APPO sehen die ganze Protestbewegung als eine Chance für die „Erneuerung der staatlichen Institutionen" in Mexiko. Revolutionäre Kräfte in der APPO schlagen dagegen vor: Kommunen überall, um eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Aber um innerhalb der APPO und anderer entstehenden Räte systematisch für diese Perspektive zu kämpfen, wäre eine Organisation notwendig, die die Linken mit einem Programm zum Sturz des bürgerlichen Staates ausstattet. Aber ähnlich wie bei der Pariser Kommune fehlt in Oaxaca eine internationalistische, revolutionäre Partei der ArbeiterInnen.

von Wladek aus Kreuzberg

Die Revolution wählen?

Am 3. Dezember wird der Präsident Venezuelas gewählt

Venezuelas Präsident Hugo Chávez wird in den bürgerlichen Medien oft als ein gefährlicher Revolutionär dargestellt. Vor der UNO-Vollversammlung bezeichnete er den US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush als den Teufel. Öfters stellt er sich gegen imperialistische Aggressionen der USA und der EU im Nahen Osten. Am 3. Dezember wird es in Venezuela Präsidentschaftwahlen geben und es stellt sich nun die Frage: Wäre eine Wiederwahl Chavez' im Interesse der Revolution?

Um dies zu beantworten, muss man sich die Situation in Venezuela und deren Veränderung in den vergangen Jahren anschauen. Hugo Chavez wurde 1998 zum Präsidenten gewählt – im Jahr 2000 wurde er durch ein Referndum von 60% der WählerInnen im Amt bestätigt – und regiert seitdem das Land.

In dieser Zeit wurden viele soziale Maßnahmen durchgeführt, die das Leben der Armen – über 50% der Bevölkerung! – verbesserten. So wurde durch die „Misión Robinson", einer breitangelegten Alphabetisierungkampagne, laut UNESCO der Alphabetismus in Venezuela im Jahr 2005 beseitigt. Durch ein Handelsabkommen, das den Tausch von venezoelanischem Erdöl gegen kubanische ÄrtzInnen und KrankenpflegerInnen vorsieht, kann für die Millionen Menschen in den Slums eine kostenlose Krankenversorgung gewährleistet werden. Außerdem sichert die „Misión Mercantil" die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen lebensnotwendigen Dingen – wie z.B. Medikamenten – zu niedrigen Preisen. Finanziert werden diese ganzen Sozialprogramme, durch die der Staat laut der bürgerlichen Opposition von 2003 bis 2006 ca. 13 Milliarden US-Dollar „vergeudete", durch die milliardenstarken Profite, die die verstaatlichte Erdölindustrie einfährt.

Chavez selbst bezeichnet seine Politik als „bolivarische Revolution" und sieht sich somit in der Tradition Simón Bolívars, eines Unabhängigkeitskämpfers, der im 18. Jahrhundert gegen die Spanier kämpfte. Er bezieht sich jedenfalls rhetorisch auf marxistische Theorie und die sozialitische Tradition Lateinamerikas, also z.B. auf Kuba unter Fidel Castro. Leo Trotzki wird gelegentlich erwähnt – aber Jesus noch viel öfter. Chavez' erklärtes Ziel ist es, in Venezuela den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" aufzubauen. Doch wie genau soll der aussehen bzw. wie sieht er in Venezuela aus?

Einerseits gibt es fortschrittliche soziale Elemente der „bolivarischen" Politik. Andererseits wurden die Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln oder an den Medien nicht angetastet, so daß eine kleine Oberschicht weiterhin von der Ausbeutung der ArbeiterInnen und BauerInnen profitiert. Auch die oft hoch gepriesene Landreform ist bei näherer Betrachtung keine grundlegende Änderung der Besitzverhältnisse auf dem Land, da nur ein Besitz von über 5000 Hektar – der zudem auch noch lange Zeit nicht genutzt sein musste – umverteilt werden kann. Somit können Großgrundbesitzer mit ihren Todesschwadronen weiterhin die LandarbeiterInnen terrorisieren. Die einzigen wirklichen Änderungen in dieser Hinsicht wurden von den ArbeiterInnen und BauerInnen selbst erkämpft, etwa durch die Landbesetzung oder die Besetzung und Selbstverwaltung von Fabriken.

Durch die Verfassung wurden die Hürden für politische Einflussnahme der Bevölkerung (z.B. jederzeitige Abwahl eines/einer Abgeordneter/in) gesenkt. Aber der Personenkult um *el Presidente* ist wierdum mit undemokratischen Erscheinungen verbunden. So schlägt Chávez vor, dass die Begrenzung der Amtszeit für den venezolanischen Präsidenten (die jetzt zwei Amtsperioden, d.h. zwölf Jahre, beträgt) aufgehoben wird. Ein solcher „Präsident aufs Lebenszeit" wäre mit dem basisdemokratischen Anspruch der bolivarianischen Revolution nicht wirklich kompatibel.

Wen sollten die venezuelanischen ArbeiterInnen und Armen nun wählen? Auf jeden Fall Hugo Chavez. Denn ein Sieg der Opposition, die sich gegen die sozialen Verbesserungen der Regierung Chavez' stellt und offen für eine Privatisierung der Erdölindustrie eintritt, würde ihre Situation erheblich verschlechtern.

Allerdings sollte man nicht seine ganzen Hoffnungen auf eine sozialistische Gesellschaft auf Hugo Chavez ruhen lassen. Dieser ehemaliger Offizier ist und bleibt – trotz seiner teilweise sozialen Politik und teilweise sozialistischen Rhetorik – ein bürgerlicher Politiker, dem es zu allererst um seine eigene Machterhaltung geht. Um eine neue Gesellschaft zu erreichen, reicht es nicht, jemanden zu wählen, dessen Ziel es ist, das bestehende System etwas menschlicher zu gestalten. Die venezolanischen ArbeiterInnen brauchen ihre eigenen, demokratischen Organe, um den bestehenden Staat zu zerschlagen, um sich selbst zu befreien, anstatt ihrem „Máximo Líder" zu folgen. Deshalb kann die Unterstützung der ArbeiterInnen für Chávez nur äußerst kritisch sein.

Was bedeutet das für uns? Als europäische Linke müssen wir die fortschrittlichen Elemente der „bolivarischen Revolution" verteidigen, andererseits aber auch revolutionäre Organisationen – wie z.B. die Clasistas, den klassenkämpferischen Flügel in Venezuelas größter Gewerkschaft (UNT) – im Kampf für eine sozialistische Revolution in Venezuela unterstützen.

von Antonio aus Tempelhof



Sommer, Sonne, Streik?

Arbeitskämpfe bei VW do Brasil und anderswo...

Überall auf der Welt schreien die Investoren nach mehr Profit. So auch die Kapitalisten, die hinter dem Volkswagen-Konzern stehen. Aus diesem Grunde macht sich Volkswagen an die Durchführung eines „Sanierungsplans" – ein schönes Wort für eine brutale Verschärfung der Ausbeutung.

So fordert Volkswagen in seinen deutschen Werken eine Arbeitszeitverlängerung von 28,8 auf 35 Stunden in der Woche, selbstverständlich ohne Lohnausgleich. Das sind 6 Stunden, in der sich der Reichtum der Investoren vervielfacht, ohne, dass diejenigen, die ihn produzieren, auch nur einen Cent bekommen. Paradoxerweise hatte das Unternehmen erst 1994 die 28,8-Stundenwoche (selbstverständlich mit Lohnverzicht) eingeführt. Doch nun soll der Profit durch massenhaften Personalabbau in Schwindel erregende Höhen getrieben werden.

Der Konflikt zwischen dem Automobilriesen und seiner brasilianischen Arbeiterschaft besteht schon seit mehreren Jahren. Die Aktionäre waren schon seit dem Jahrtausendwechsel mit den Profitraten bei Volkswagen Brasilen nicht mehr einverstanden, der Ruf nach „Sanierungskonzepten" wurde laut. Im Kapitalismus müssen die Profite maximiert werden. Damit die Profite maximiert werden können, muss auch die Ausbeutung maximiert werden, denn einzig das sog. „Humankapital", die ArbeiterInnen, sind in der Lage Mehrwert zu produzieren. Drückt man diesen nun mit der angedrohten Entlassung die Gurgel zu und sind genügend Arbeitslose bzw. Arbeitsuchende vorhanden, müssen die ArbeiterInnen schlechtere Arbeitsbedingungen, gekürzte Löhne, längere Arbeitszeit usw. akzeptieren.

Die Antwort auf diesen Ruf nach Sanierungskonzepten kam 2003, als VW 4.000 Stellen in der brasilianischen Niederlassung gestrichen hatte. Im August dieses Jahres kündigte Volkswagen erneut eine massive Verkleinerung der Belegschaft an. 6.000 der 22.000 Beschäftigten sollten bis 2008 gehen. Dies bedeutet etwa jede/r Vierte. Zur Umsetzung dieser Pläne begann Volkswagen mit einem Paukenschlag – 1.800 ArbeiterInnen der Fabrik Anchieta bei Sao Bernardo do Campo wurden gefeuert. Doch entgegen der erhofften Demoralisierung schürten die Kapitalisten nur die Wut der Belegschaft, die sich nun in einem vorerst unbefristeten Streik entlud. Der Gewerkschaftschef Jose Feijoo brachte es auf den Punkt: *„Volkswagen hat sich entschieden, gegen seine Arbeiter zu kämpfen."*

Die Arbeiterschaft nahm diesen Kampf an. Die 12.000 Arbeiter des Werkes Anchieta (man erinnere sich daran, dass in den 70ern alleine in dieser Fabrik 40.000 ArbeiterInnen einen Job hatten) traten in einen fünftägigen Streik. Sein Ende fand der Streik dann in einer Einigung zwischen Gewerkschaft und Kapitalisten in welchem die Gewerkschaftsfunktionäre erneut die ArbeiterInnen verkauften. Der Konzern willigte ein, die 1.800 Entlassungen zurücknehmen und den ArbeiterInnen, die ihren Job aufgeben, eine Abfindung anzubieten, die auf der Zahl der Jahre bei VW basiert, die jedoch sinkt, je länger man wartet.

Das ist vor allem eine Möglichkeit, Druck auf junge ArbeiterInnen auszuüben, denn bei einer geringen Anzahl an insgesamt gearbeiteten Jahren ist dies quasi ein Freibrief für den Konzern. Wer sich nicht duckt und schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptiert – der fliegt. Doch als wäre dies nicht genug, sollen trotzdem bis 2008 allein in Anchieta 3.600 Stellen abgebaut werden. In allen brasilianischen Werken zusammen sogar 5.800 Stellen.

Dies lehrt uns wieder einmal zweierlei: Zum einen, dass sich die ArbeiterInnen, und vor allem jugendliche ArbeiterInnen, nicht auf reformistische Gewerkschaftsspitzen verlassen können und dass es zur Gründung einer revolutionären Opposition in der Gewerkschaftsbewegung keine Alternative gibt. Die Basis muss sich unabhängig von Bürokratie organisieren und so die bestehenden Errungenschaften der Arbeiterbewegung schützen und neue Errungenschaften erkämpfen.

Zum anderen zeigen uns diese Ereignisse auch die Wichtigkeit von globalisierten Kämpfen der Arbeiterklasse gegen die globalisierte Ausbeutungsmaschinerie der Kapitalisten. Einzig durch die internationale Solidarität, durch grenzübergreifende Streiks, lässt es sich verhindern, dass internationale Megakonzerne die einzelnen Standorte gegeneinander ausspielen und nationalistischen sowie faschistischen Ideologien Auftrieb geben. Volkswagen-ArbeiterInnen aus Brasilien, aus Mexiko, aus Spanien, aus Argentinien, aus Südafrika, aus China, aus Polen, aus Nigeria und auch aus Deutschland müssen gemeinsam Kämpfen und ihre Kämpfe sowohl untereinander als auch mit Kämpfen der Arbeiter anderer Unternehmen verknüpfen. Nur so ist es uns möglich der Ausbeutung ein Ende zu setzen.

von Sceles aus Wolfsburg

Azubis in Wolfsburg

Interview mit einem 18jährigen Auszubildenden bei Volkswagen in Wolfsburg

Azubis bei VW gelten nicht als besonders ausgebeutet. Ist dies das Ergebnis einer sozialen Konzernführung?

Sozial? Höchstens asozial. Von den Herren des Konzerns kann man nicht viel erwarten. Eine Ursache für die halbwegs erträglichen Arbeitsbedingungen liegt in den deutschen Ausbildungsgesetzen, die den Schulbesuch vorsehen. Aber natürlich spielen die erfolgreichen Arbeitskämpfe vergangener Zeiten eine wichtige Rolle.

In letzter Zeit liest man in den Medien viel über Konflikte bei Volkswagen. Zum einen die korrupten Machenschaften der Betriebsräte, aber zum anderen auch über Arbeitskämpfe im Baskenland, in Belgien und Südamerika. Werden Auszubildende im Betrieb über die Geschehnisse informiert?

Der Betrieb informiert uns ArbeiterInnen generell nicht. Wieso sollte er auch? Für ihn sind nur politisch dumme ProletarierInnen gute ProletarierInnen. Wenn wir mal Informationen im Betrieb erhalten, dann über die Vertrauensleute der IG Metall, aber auch von denen nur in den seltensten Fällen. Wir haben nur die Chance, uns selbst zu Informieren.

Gibt es von gewerkschaftlicher Seite Initiativen, sich mit den Streikenden z.B. in Pamplona im Baskenland zu solidarisieren?

Die Gewerkschaft hier hält still. Dies hat meines Wissens nach zwei Gründe: Zum ersten hat sie Angst vor einem deutschen Gesetz, welches politische Streiks verbietet. Möglichkeiten, dieses zu umgehen (z.B. eine Infoveranstaltung, wo man genauso die Arbeit niederlegt) werden ignoriert.

Zum anderen hat die Gewerkschaftsspitze mit dem Konzern einen Friedensvertrag geschlossen – die korrupten Schoßhunde des Volkswagenkonzerns bekamen dafür Luxusreisen und Geschenke in Millionenhöhe. Es ist eine unglaubliche Sauerei. Das sind die größten Verräter, die die Arbeiterklasse in Wolfsburg je gesehen hat.

Du sprichst von Verrat – gibt es konkrete Beispiele in denen die Betriebsräte direkt entgegen den Interessen der Arbeiter gehandelt haben?

Jede Menge. Das beste Beispiel ist die Verlängerung der Wochenarbeitszeit. In den frühen 90ern, haben mein Vater und seine KollegInnen in harten Kämpfen die 28-Stundenwoche erkämpft. Dafür mussten sie Lohnkürzungen und entzogenes Weihnachtsgeld akzeptieren. Und nun kommen diese Gewerkschaftsbonzen, die wie kleine Kapitalisten wohnen, und geben kampflos alles her.

Wir können uns auf die Gewerkschaft nicht mehr verlassen. Es ist wichtig, dass wir uns nach Alternativen umschauen. Für mich ist diese Alternative REVOLUTION, denn hier kann ich mich engagieren ohne von korrupten „Führern" in meinem Kampf eingeschränkt zu werden.

Natürlich dürfen wir die Gewerkschaften nicht vergessen, doch sie müssen kämpferischer werden. Wir müssen in den Gewerkschaften eine Opposition bilden, um den ArbeiterInnen die revolutionäre Perspektive aufzeigen. Wir müssen die Gewerkschaften endlich wieder zu dem machen, was sie seien sollten, nämlich einem Kampforgan der Arbeiterklasse.

Interview: Sceles aus Wolfsburg

Hände weg vom KSM!

Stoppt die Verfolgung gegen einen linken Jugendverband in der tschechischen Republik!

Am 16. Oktober 2006 hat das tschechische Innenministerium beschlossen, den linken Kommunistischen Jugendverband (Komunistický svaz mládeže, KSM), der mit der Kommunistischen Partei Böhmen und Mähren (KSČM, einer reformistischen Partei, die bei Wahlen zwischen 12-20% gewinnt) verbunden ist, für aufgelöst zu erklären. Der sog. „Grund" für die Auflösung ist eine Passage aus dem Programm des Jugendverbandes, der sich dort dafür ausspricht, „das Privateigentum an den Produktionsmitteln in der Zeit nach der sozialen Revolution in gesellschaftlichen Besitz zu überführen". Dieser Satz wurde vom Innenministerium für verfassungswidrig erklärt.

Dies ist nicht der erste Versuch des tschechischen Staates, den KSM zu verbieten. Das Innenministerium (damals noch von Sozialdemokraten geführt) startete einen ersten Versuch im November 2005 – damals mit dem Vorwand, dass politische Aktivität „für alle Organisationen außer politische Parteien unzulässig" sei und dass der angebliche Schwerpunkt des KSM auf einer „gewalttätigen Revolution" liegen würde. Damals umging der KSM sein Verbot durch die Änderung einer Formulierung über „den Sturz des Kapitalismus" in „die Überwindung des Kapitalismus".

Dieses Mal gab es von Seiten des Innenministeriums (jetzt von der rechten Partei ODS geführt) keinerlei Warnung über die Entscheidung, dass der KSM aufgelöst werden soll.

Das ist, genau wie vorherige staatliche Attacken gegen den KSM keine plötzliche oder isolierte Entscheidung. Der KSM ist schon seit langer Zeit die größte linke Jugendorganisation in der Tschechischen Republik. Das Verbot wurde zu einer Zeit ausgesprochen, in der der KSM – zusammen mit anderen Organisationen – aktiv an einer Kampagne gegen geplante US-Militärbasen in Tschechien teilnahm. Der KSM sammelte den größten Teil der mehr als 10.000 Unterschriften gegen die Militärbasen. Die Entscheidung erfolgte nur vier Tage vor den Senats- und Regionalwahlen, an denen auch die KSČM teilnahm.

Antikommunistische Hetze

Der KSM, die KSČM und andere linke Organisationen (darunter auch REVOLUTION/CZ) werden in letzter Zeit immer wieder Opfer von antikommunistischer Hetze, die sowohl von privaten und staatlichen Medien, als auch von Politikern ausgeht; vor allem von zwei Senatoren, J. Štětina und M. Mejstřík, die eine Kampagne für ein totales Verbot sowohl des KSM als auch der KSČM starteten. Die tschechische Linke wird bedroht von „respektablen" Organisationen, die, u.a. T-Shirts mit der Aufschrift „Töte einen Kommunisten – Stärke den Frieden" drucken lassen, aber auch von physischen Attacken, so gab es z.B. vor den Parlamentswahlen einen Angriff auf den bekannten KSČM-Repräsentanten J. Dolejš.

Die Entscheidung des tschechischen Staates ist nicht nur ein Angriff auf eine linke Organisation – sie ist ein Angriff auf alle, die nicht mit der neoliberalen Politik einverstanden sind, die gegen die Kriege der Herrscher der Welt protestieren, die erkannt haben, dass eine andere Gesellschaft möglich ist, durch die kollektive revolutionäre Aktion der internationalen Arbeiterklasse. Die Entscheidung ist eine Botschaft der herrschenden Klasse mit dem Ziel, alle Kritiker am kapitalistischen System der Ausbeutung, der Unterdrückung, der Armut und des Krieges zum Schweigen zu bringen. Diese Entscheidung zeigt die Heuchelei der sog. „Demokratie", die in der tschechischen Republik nach dem Zusammenbruch des Stalinismus 1989 eingeführt wurde – bürgerliche Demokratie bietet der Bourgeoisie Freiheit, aber der Arbeiterklasse und der Jugend kann sie nur Verarmung und Unterdrückung bieten.

Wir stimmen mit dem KSM in vielen Punkten nicht überein, trotzdem verurteilen wir jeden staatlichen oder antikommunistischen Angriff sowohl gegen den KSM als auch gegen jede andere linke Organisation.

Die iRevo-Tendenz steht deshalb in voller Solidarität hinter dem KSM. Wir protestieren lautstark gegen die Verfolgung und unterstütztten die juristischen Schritte des KSM gegen das Verbot. Für eine effektive internationale Kampagne, brauchen wir eine internationale Organisation, die die Kämpfe der Jugend für ihre Rechte über alle Grenzen hinweg vereinigen kann – eine revolutionäre Jugend-Internationale.

Die iRevo-Tendenz ruft alle linke Organisationen, vor allem Jugendorganisationen, dazu auf, gemeinsam das Verbot zu verurteilen und öffentliche Proteste vor tscheschischen Institutionen rund um die Welt zu organisieren.

Hände weg vom KSM!

iREVOLUTION-Koordinierung, 4. November 2006

Kundgebung in Berlin

100 Menschen am Bhf Friedrichstraße gegen das Verbot

Am Samstag, den 4. November, versammelten sich fast 100 Menschen am Bahnhof Friedrichstraße, um gegen das Verbot des KSM zu protestieren. Zur Kundgebung aufgerufen hatten u.a. DKP, Kommunistische Plattform der PDS, ['solid], SDAJ und die kommunistische Jugendorganisation REVOLUTION.

Bereits in der Woche davor fanden Kundgebungen in Hamburg, München, Wien und sogar Athen statt. Solidaritätsbekundungen für den KSM kamen aus aller Welt, sogar von Bono von U2. Nur in Tschechien selbst gab es wenige öffentliche Proteste, denn die KP konzentrierte sich lieber auf den Wahlkampf als auf Proteste gegen das Verbot ihrer eigenen Jugendorganisation!

Das Wetter war schlecht und das Publikum bestand zu einem großen Teil aus TouristInnen, aber – auf alles vorbereitet – hatten die Organisatoren der Kundgebung Regenschirme und zweisprachige Flugblätter mitgenommen. So konnte die häufigste Frage („What is the KSM?") ausführlich beantwortet werden.

Es wurden Reden gehalten, es wurde aber auch geschwiegen: AktivistInnen von REVOLUTION und FreundInnen hatten sich den Mund zugebunden und Schilder gehalten mit der Aufschrift: *„Das Innenministerium erklärt: Kritik am Kapitalismus ist verboten."* Damit sollte klar gemacht werden, dass das Verbot des KSM damit begründet wurde, dass sie in ihrem Programm die Überführung der Produktionsmittel in gesellschaftlichen Besitz fordern. Ihnen werden nicht Bombenattentate oder Entführungen oder auch nur Sachbeschädigung vorgeworfen – hier geht es um politische Repression!

Im Anschluss an die Kundgebung zogen die DemonstrantInnen zum U-Bhf Mohrenstraße, wo die tschechische Botschaft in Berlin steht. Allerdings musste der Aufzug, wegen der Auflagen der Polizei, auf dem Bürgersteig gehen – immerhin war der Protest mit roten Fahnen und Sprüchen wie *„Widerstand lässt sich nicht verbieten!"* für die PassantInnen auf der Einkaufsstraße ein ungewohnter Anblick.

Wie es in einem Sprechchor hieß: *„Weg mit dem KSM-Verbot! Sonst ist die Demokratie tot!"*

von Wladek aus Kreuzberg



Die ungarisc

Vor 50 Jahren: Ein Aufstand für den Sozialismus und gegen di

Die Ereignisse, die vor 50 Jahren in der Volksrepublik Ungarn stattfanden, werden sehr verschieden bewertet. Für die Einen war die Massenbewegung ein faschistischer Putschversuch, für die Anderen ein demokratischer Aufstand des ungarischen Volkes gegen die kommunistische Schreckensherrschaft. Was passierte damals überhaupt?

Die Ausgangslage

Nach der Befreiung Ungarns vom Faschismus durch die Rote Armee 1944 wurde die Volksrepublik Ungarn gegründet. Durch die „scheibchenweise" Ausschaltung aller etwaigen politischen Gegner wurde sie unter „Stalins bester Schüler" Matyas Rakosi zu einem vollständigen Vasallenstaat der sowjetischen Bürokratie.

Die ungarische Staatssicherheit AVH wachte über das stalinistische Regime mit schier irrationalem Terror.

Die Schwerindustrie wurde mit aller Kraft aufgebaut, Konsumgüter waren Nebensache. Prestigeprojekte der Bürokratie, wurden durchgeführt, auch wenn sie völlig unsinnig waren, wie der Aufbau des riesigen Industriezentums Stalinvaros, fernab von den nötigen Rohstoffen. Alles Russische wurde in höchsten Tönen gelobt während die Handelsverträge mit der Sowjetunion die VR Ungarn finanziell fast ruinierten.

Die ArbeiterInnen hatten die Zeche zu zahlen: Sie durften „freiwillige" Sonderschichten schieben, zu allen möglichen Anlässen; durften „freiwillige" Friedensanleihen kaufen, zum Wohle der Volksrepublik; und durften den sich ständig erhöhenden Normen hinterherarbeiten. Die Preise erhöhten sich vier Mal so schnell wie die Löhne.

Auf dem 20. Parteitag der KP der Sowjetunion im Frühjahr 1956 machte Nikita Chrustschow den Personenkult um Stalin allein für den stalinistischen Terror verantwortlich um den „Marxismus-Leninismus" (in Wirklichkeit: Stalinismus) von jeder Schuld freizusprechen. Der Bruch mit dem toten Stalin führte besonders in Ungarn zu einer förmlichen Explosion der politischen Debatte. Diskussionszirkel redeten öffentlich über Themen wie Redefreiheit, AVH-Terror und Demokratie. Große Demonstrationen fanden statt. Die Protestbewegung schwoll immer stärker an.

Die herrschende Bürokratie stritt sich um die Frage, wie man reagieren sollte: kleine Zugeständnisse oder massive Repression? Der „Kompromiss" war, dass der verhasste Matyas Rakosi von der Spitze der Partei abtrat und Ernö Gerö Platz machte – der war jedoch vorher die Rechte Hand Rakosis gewesen. So tat der „Wechsel" an der Spitze den Protesten keinen Abbruch, und die StudentInnen der Budapester Polytechnischen Universität organisierten zum 23. Oktober eine Demonstration.

Der Startschuss

Der Demonstration schlossen sich auch große Massen von ArbeiterInnenn an und so schoben sich Zehntausende durch die Straßen Budapests. Die DemonstrantInnen machten vor dem Parlamentsgebäude halt. Dort verlangten die nach Imre Nagy.

Imre Nagy war die Gallionsfigur des Reformer-Flügels der Bürokratie. Nach dem Tod Stalins war er von 1953-1955 Ministerpräsident gewesen und hatte zaghafte Reformen eingeleitet. Nachdem aber von Berlin bis Bukarest Arbeiteraufstände ausgebrochen waren, hatte Moskau beschlossen, die Reformen wieder sein zu lassen. Die Hardliner kamen wieder ans Ruder, Nagy wurde als „rechter Abweichler" abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen. Erst im Zuge der 1956er Protestbewegung war Nagy rehabilitiert worden.

Am 23. Oktober erschien er dann nach langem Zögern auf dem Balkon des Parlamentsgebäudes und hielt eine eher schlechte Rede, in der er die Masse aufrief nach Hause zu gehen, „eine gute Lösung" würde „in Verhandlungen gefunden werden". Doch das konnte die Massen schon lange nicht mehr beschwichtigen. Ein Teil der Demonstration war bereits zum Stalin-Denkmal gezogen, wo ArbeiterInnen darangingenm sie zu fällen. Ein anderer Teil versuchte ins Rundfunkhaus zu kommen um das 16-Punkte-Programm senden zu lassen, dass die StudentInnen beschlossen hatten. Es umfass-

che Revolution 1956

ie stalinistische Bürokratie

te Reformforderungen, wie das Streikrecht, die Redefreiheit, eine Angleichung der Löhne und die Regierungsumbildung unter Nagy.

Dann passierte es: AVH-Leute schossen auf die eindringenden DemonstrantInnen. Die Polizisten solidarisierten sich daraufhin mit den Angegriffenen und teilten Waffen aus; das Rundfunkgebäude wurde gestürmt, alle mutmaßlichen AVH-Leute wurden gnadenlos umgebracht. Der Aufstand war losgetreten, die Massen eroberten nach und nach alle öffentlichen Gebäude.

Dann erst reagierte die Bürokratie: Nagy wurde als Ministerpräsident ausgerufen und insgeheim bat man Moskau um Hilfe. Die kam dann auch. Am 24. Oktober rückten die Panzer der Sowjetarmee in Budapest ein. Sie bekamen es mit dem bewaffneten Volk zu tun, das den Straßenkampf gegen die Invasoren so erfolgreich aufnahm, dass diese sich schließlich zum Rückzug gezwungen sahen.

Die ArbeiterInnen

Nachdem die Reformbewegung von Intellektuellen getragen worden war, hatte die Stunde der ArbeiterInnen geschlagen. Über 80% der im Kampf Verwundeten waren junge ArbeiterInnen aus den Vorstädten. Sie hatten den Kampf als den ihren begriffen.

Die ArbeiterInnen traten der herrschenden bürokratischen Kaste nicht nur in den Straßen Budapests entgegen. Überall im Land bildeten sie Arbeiterräte, die die Regierungsdirektoren entmachteten und die Kontrolle über das öffentliche Leben übernahmen. Die ArbeiterInnen fegten praktisch über Nacht fast die gesamte Bürokratie und ihre Partei hinweg. Der Groß-Budapester Arbeiterrat erhob sich als neues Machtorgan der Klasse.

Die Regierung der Volksrepublik Ungarn unter Nagy war nur noch ein Schatten ihrer selbst. Und dennoch war sie die mächtigste Waffe der Bürokratie gegen die Revolution. Nagy stellte sich während, v.a. nach der Invasion als Unterstützer der Aufständischen dar. Er nannte den Aufstand „eine großartige nationale und demokratische Bewegung“, er löste die AVH offiziell auf, bildete schließlich eine Koalitions-Regierung mit neu entstandenen Parteien und versuchte aber zugleich den Aufstand zu sabotieren. Er versprach eine Amnestie für alle, die ihre Waffen abgäben, er trat in Verhandlungen mit dem Groß-Budapester Arbeiterrat und erreichte, dass dieser seine Regierung nicht nur unterstützte, sondern auch die ArbeiterInnen aufrief, bis zum 5. November zur Arbeit zurückzukehren.

Während in den ersten Tagen des Novembers die Sowjetarmee frische Truppen in Angriffsposition brachte, betrieb er weiter die Demobilisierung des Aufstandes und gab schließlich der Moskauer Führung die Steilvorlage für ihr Losschlagen, indem er die Neutralität der VR Ungarn und ihren Austritt aus dem Warschauer Pakt erklärte.

Die Konterrevolution

Am 4. November startete in ganz Ungarn die zweite Invasion der Sowjetarmee. Um 4 Uhr morgens begann die Bombardierung der umzingelten Hauptstadt Budapest. Im Morgengrauen zogen die sowjetischen Verbände in die Stadt ein. Die Massen bäumten sich ein letztes Mal zum größtmöglichen Widerstand auf, doch diese zweite Offensive war sorgfältiger vorbereitet worden als die erste.

Um die Verbrüderung der Sowjetsoldaten mit den Aufständischen, die bei der ersten Attacke recht oft vorgekommen war, entgegenzuwirken, wurde so gut wie keine Infanterie eingesetzt. Auch waren viele der Soldaten, die nun kämpften, aus dem sowjetischen Hinterland nach Ungarn verlegt worden, um sprachliche Verständigung völlig auszuschließen. Trotzdem wurde noch zusätzlich mit Erschießung der eigenen Soldaten darauf geachtet, das z.B. Panzerführer, die im Angesicht von widerständischen Frauen, Kindern und Alten an der Version des „faschistischen Aufstandes“ zu zweifeln begannen, ihren Auftrag genauestens durchführten und gegebenenfalls auch unbewaffnete DemonstrantInnen niedermachten.

der beliebte „Vater der Völker“ Stalin mit eingeschlagener Fresse

Der geballten Macht der zweiten Offensive hatten die KämpferInnen letztendlich nichts entgegenzusetzen. Nach und nach wurden die Städte Ungarns, wurde Budapest von den sowjetischen Truppen eingenommen.

Nagy war mit seiner Regierung geflohen (er sollte später verurteilt und hingerichtet werden) und die Armee des Kremls brachte eine neue „revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung“ mit: Die Regierung unter Janos Kadar.

Das Ende der Räte

Kadar war eigentlich selbst Reformer und Nagy-Verbündeter gewesen, war am 1. November jedoch entführt und vom Kreml dazu auserkoren worden, nach der 2. Invasion die alte Ordnung wieder herzustellen. Das hieß in erster Linie: Die Entmachtung der Arbeiterräte.

Die waren noch da und Kadar wagte selbst nach der militärischen Niederschlagung des Aufstandes nicht, sie gewaltsam aufzulösen. Er bezog sich öffentlich positiv auf den Aufstand, aus der seine Regierung hervorgegangen wäre. Zugleich versuchte er die Macht der Organe der Aufständischen zu brechen. So ließ er die Ausgaben der Zeitung des Groß-Budapester Arbeiterrates beschlagnahmen, und verhinderte mithilfe von 400 Panzern das abhalten eines Gesamtungarischen Rätekongresses. Dennoch brauchte die Kadar-Regierung fast ein ganzes Jahr, bis sie die letzten Arbeiterräte aufgelöst hatte.

Die Möglichkeiten der Revolution

In der ungarischen Revolution 1956 waren die ArbeiterInnen die unter dem Joch des Stalinismus standen, dem Sturz der bürokratischen Kaste, also einer politischen Revolution, so Nahe, wie nie zuvor oder danach in der Geschichte.

Dass es sich nicht um einen faschistischen Aufstand handelte, zeigt sich schon wenn man sieht, dass die Demonstration am 23. Oktober unter dem Banner der internationalen Solidarität stattfand, und zeigt sich auch in den vielen Erklärungen gegen Faschismus und Antisemitismus, die dem Vorwurf schon damals gegenüberstanden.

Natürlich hatte der Aufstand einen starken Aspekt der „Volksbefreiung“ und des Nationalismus. Dieser wurde vor allem von den Intellektuellen und den stalinistischen Reformern betont. Die ArbeiterInnen jedoch wurden durch ihre materielle Lage auf die Straße getrieben und hatten mehrheitlich keine klare politische Perspektive. Es ging den Aufständischen jedoch nie, weder den StudentInnen noch den ArbeiterInnen, um die Abschaffung des sozialistischen Eigentums. So sagte Sandor Racz vom Groß-Budapester Arbeiterrat:

„Die Revolution wurde nicht angezettelt, damit die alten Fabrikanten ihren Besitz zurückbekommen. Die Revolution brach aus, weil wir die Betriebe dem Staat aus der Hand nehmen und gemeinschaftlich verwalten wollten. Wir wollten keinen Kapitalismus. Das muss man mal ganz deutlich sagen!“

Die ArbeiterInnen hatten die stalinistische Partei geradezu weggepustet, sie hatten Räte aufgebaut, und sie zentralisiert, sie hatten eine Art Doppelherrschaft geschaffen, die ihnen deutliches Übergewicht gab. Doch sie erkannten die reformistische Nagy-Regierung an, sie verbündeten sich mit den reformistischen Intellektuellen, sie kamen selbst nicht über eine reformistische Perspektive hinaus.

Was ihnen fehlte war das Bewusstsein, dem bürokratischen Regime den letzten Stoß geben zu müssen. Was fehlte war eine revolutionäre Partei, die für die Perspektive der Rätemacht, für einen Sozialismus der Arbeiterdemokratie kämpft. Ohne eine solche Organisation, ohne einen klaren Bruch mit der (noch so reformfreundlichen) Bürokratie mussten die ungarischen ArbeiterInnen unterliegen. Doch ihr Aufstand hat gezeigt, dass die ArbeiterInnen die Kraft haben, die stalinistische Bürokratie zu stürzen. Nur wenn die ArbeiterInnen die Gesellschaft selbst verwalten, kann man von Sozialismus sprechen.

von Jalava aus Kreuzberg

KULTURREVOLUTION



Catch 22

A hero was born of a movement from the not so distant past.
He and others like him felt the world was changing fast.
So they embarked on a journey with the very best intentions
And thought that what began with them would never find an end.

So heißt es zu Beginn des Konzeptalbums der amerikanischen Ska-Punk-Band Catch 22 zu Ehren Leo Trotzkis, der mit bürgerlichem Namen Lew Dawidowitsch Bronstein hieß.

Trotzki war einer der wichtigsten kommunistischen Theoretiker aller Zeiten und ging als größter Feind des stalinistischen Terrors in die Geschichte ein. In einer genialen Mischung aus elektrischen Gitarren, Trompeten und schnellen Drums werden auf der CD – die den Namen des größten Vermächtnisses Trotzkis, seiner Theorie der „Permanent Revolution", trägt – biographisch die wichtigsten Stationen seines politischen Lebens dargestellt.

Angefangen 1902 (*„The Spark"*), als er den Decknamen „Trotzki" annahm über die Oktoberrevolution von 1917 (*„Party Song"*), den Russischen Bürgerkrieg 1922 (*„A Minor Point"*), den Tod Lenins 1924 (*„On the Black Sea"*), seinen Ausschluss aus der KPDSU im Jahre 1927 (*„Bad Party"*), seine Verbannung nach Alma-Ata im heutigen Kasachstan 1928 (*„Alma-Ata"*), die stalinistischen Säuberungen 1936 (*„The Purge"*) und endend mit der Ermordung Trotzkis im Jahre 1940 (*„Opportunity"*).

Man mag nun denken, dass dies vielleicht einen Historiker interessieren könnte aber doch keinen „gewöhnlichen" Jugendlichen. Doch weit gefehlt. Die famose Mischung aus Ska-Punk mit einer kleinen Brise Reggae, die treibende und rockige Elemente mit relaxten Passagen verbindet, macht einfach Laune – dies ist Geschichte, die Spaß macht.

Doch wichtig ist auch, dass dieses Album nicht einfach ein weiteres Opiat in der CD Sammlung wird. Es ist wichtig, dass wir uns und anderen die Augen öffnen und gegen den Kapitalismus kämpfen, so wie Trotzki es vorgemacht hat. Dass wir uns Organisieren und Widerstand leisten. Oder um es wie Catch 22 zu sagen:

If you just can't make the world what you want
At least you can make yourself
An example for others to learn from and see
The future for themselves...

von Sceles aus Wolfsburg



Attila the Stockbroker

Attila the Stockbroker, der am 18. November im Schokoladen in Berlin auftrat, benutzt zu Punkrock wenig passende Instrumente: Geigen und altmodische Flöten. Ein paar mittelalterlich klingende Rock-Hymnen – „Chamber Punk" oder „Renaissance-Core" – gehören genauso zum Programm wie Punkgeschrei über „Blood for Oil".

Zum Beispiel „The Diggers Song", ein Lied der Aufständischen während der englischen Revolution im Jahre 1649. Solche Klassiker gehören zu den leidenschaftlichen wie linksradikalen Texten eines sich selbst treu gebliebenen Punkers aus einer vergangenen Ära.

Attila the Stockbroker steht für proletarischen Punk, wie es ihn in der BRD kaum gibt oder gab. Das bezeugen nicht nur der Bierbauch, die Jeans, die Anekdoten über den Fußballclub von Brighton (oder auch über St. Pauli). Mehrmals während des Auftritts gibt es lange Ausführungen über die Höhepunkte des britischen Klassenkampfes, etwa den Bergarbeiterstreik 1985-86 oder die Riots gegen die geplante Kopfsteuer 1990.

Attilas T-Shirt macht klar: „I still hate Thatcher." Mehr noch: Er wartet sehnsüchtig auf den Tod der mittlerweile 83jährigen Halbgöttin der britischen Konservativen. *„Am Samstag nach Thatchers Tod gibt es eine große Party am Trafalgar Square!"* kündigt er auch in Berlin an. Er spielt sogar das Lied, das eigentlich erst dort Weltpremiere haben soll: „Maggie: 0 – Maggots:1". Konnte man Thatcher nicht direkt besiegen (sie musste nach den Riots zurücktreten, aber an ihre Stelle trat Tony Blair), so darf man sich doch wenigstens über die Vorstellung freuen, wie ihr Körper von Maden zerfressen wird.

Berühmt wurde Atilla hierzulande mit dem Lied „This Is Free Europe" über die rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda, das letztes Jahr auf der Anti-NPD-CD „Aufmucken gegen Rechts" unter Jugendlichen wieder populär gemacht wurde.

Die Einflüsse von The Clash – ihrer Musik und ihrer sozialistischen Einstellung – gibt Attila gern zu. Aber im Gegensatz den meisten britischen Punklegenden spricht er fließend Deutsch. Damals Mitglied der Communist Party of Great Britain, tourte Attila mehrmals durch die Deutsche Demokratische Republik, auch durch Jugoslawien und Albanien. Ein Stalino-Punker halt.

von Wladek aus Kreuzberg
de.indymedia.org/2006/11/162797.shtml



Holger Burner

Normalerweise tötet Armut widerspruchs- und lautlos.
Doch heute brannten in Paris über 900 Autos.

Mit dieser Zeile fängt ein Lied über die Riots in den französischen Banlieues an. Holger Burner, ein MC aus Hamburg, brauchte nur vier Tage, um den Track aufzunehmen. Jetzt, ein Jahr später, wird es allmählich zu einem linken Klassiker.

Auf seinem neuen Album „Cypher-Propaganda" rappt der Burner über Sozialabbau, Ausbildungsplatzmangel, Neonazis – ein kommunistischer Agitator im wahrsten Sinne. Gern gibt er zu: *„Wir machen keine Promos, wir machen Propaganda"* (*„Independent"*). Er stellt sich quer gegen den allgegenwärtigen Sexismus des Mainstream-Rap. Doch im Gegensatz zu bürgerlichen Feuilletonisten sieht er Rap als Ausdruck und nicht Ursache des Sexismus. Die Ursache der Unterdrückung liegt nämlich – wo sonst? – beim System.

Nun, seine Texte stehen in einem gewissen Widerspruch zu seiner Mitgliedschaft in der WASG (weswegen er gelegentlich verarsch wird). Bei der WASG liest man: *„Der Schutz der Bürger vor Kriminalität ist eine unverzichtbare Aufgabe des Staates"* (Berliner Wahlprogramm).

Bei Holger Burner dagegen hört sich das so an: *„Egal wie viele Cops und wie viel ihr euch verschanzt / Trifft man einen von euch alleine, dann sieht man eure Angst"* (*„Unser Standard"*).

Und er möchte gar nicht verheimlichen, dass das inhaltlich nicht ganz zusammenpasst: *„Ich kämpfe halt anders. Nenn mich eben Bolschewist. Ich weiß, dass die Aurora nicht nur Altschrott an der Wolga ist"* (*„Battle das System"*).

Schade, dass solche Inhalte so wenig in die WASG reingetragen werden. Viele wohlwollende Linke in der WASG glauben sie müssen „die Leute dort abholen, wo sie sind". Sprich: reformistisch gesinnte Menschen mit etwas linkeren reformistischen Ideen anzusprechen.

Doch wenn die Kids aus der Innenstadt, die Hiphop hören, die Notwendigkeit von Selbstverteidigung gegen die Bullen verstehen, warum soll das politisch erfahrene AktivistInnen „abschrecken"?

Machen wir einfach „Cypher-Propaganda" zum WASG-Programm. Gäbe es eine Holger-Burner-Partei, dann wären wir dabei!

von Huey aus Kreuzberg
Interview mit Holger Burner auf Indymedia:
de.indymedia.org/2006/11/161471.shtml

Nazigedenken in Seelow

1.000 Nazis ehrten die Wehrmacht am 18. November

Jedes Jahr mobilisieren Nazis europaweit für das Heldengedenken nach Halbe, um an die gefallenen deutschen Soldaten des zweiten Weltkrieges zu erinnern. In Halbe fand damals eine Kesselschlacht statt, die etwa 60.000 Menschen das Leben kostete. Neonazis nutzen die Veranstaltung, um die toten Wehrmachtssoldaten als Helden zu glorifizieren, die ihr Land gegen die „roten Horden" verteidigten.

Gegen solchen Geschichtsrevisionismus wehren sich seit einigen Jahren AntifaschistInnen mit Gegenkundgebungen. Dieses Jahr wurde erstmals gerichtlich durchgesetzt, dass die Nazis nicht wie geplant bis zum Soldatenfriedhof marschieren durften, sondern mit dem Bahnhofsvorplatz Vorlieb nehmen mussten. Die Nazis – die sich damit nicht abfinden wollten – mobilisierten jedoch zur Erstatzveranstaltung nach Seelow, welches als der letzte Riegel des zweiten Weltkrieges vor Berlin gilt, der letztendlich der roten Armee in die Hände fiel. Umgehend organisierten AntifaschistInnen eine Gegenkundgebung, um den Nazis auch in Seelow die Stirn bieten zu können. Gleichzeitig fand ein kurzfristig organisierter „Tag der Demokraten" in Seelow statt. Getragen wurde dieser von den bürgerlichen oder reformistischen Parteien, wie der SPD, der CDU oder auch der PDS.

Der Widerstand dieser „anständigen Deutschen" bestand hauptsächlich aus Bratwurstessen, ein wenig schunkeln, Bier trinken und nach Hause gehen. Dieses Konzept schaffte es zwar, an die 8.000 Menschen nach Halbe zu bringen, wo der „Tag der Demokraten" stattfand. Aber die Regierungsparteien weigerten sich, nach Seelow umzumobilisieren – und zeigten, dass es ihnen um Selbstprofilierung und nicht um wirklichen Widerstand gegen Faschismus ging. Auch in Seelow hatten sich etwa 700 Menschen für den „Tag der Demokraten" versammelt. Mit weiteren 300 links-autonomen AntifaschistInnen kam man auf ca. 1.000 Gegendemonstranten, was in etwa der Größe des Nazi-Aufmarsches entsprach.

Die Nazi-Demo, die genau zwischen der Bühne der „Demokraten" und der Bühne der links-autonomen Kundgebung lag, konnte durch laute Musik und durch Parolen wirksam gestört werden. Ein Nazi-Bus aus Nordrhein-Westfahlen, der u.a. mit Größen wie SS-Siggi anreiste, konnte durch Steinewürfe zwischenzeitlich gestoppt werden. Die Demo zu blockieren gelang nicht, aber etwa 50 AntifaschistInnen schafften es, bis auf 30 Meter – vor einer massiven Polizeikette – an die Demo heranzukommen. Diese zu stören war dann nicht schwer, da die Nazis einen Schweigemarsch veranstalteten.

Ein besonders peinlicher Fehler unterlief etwa 30 Neonazis, die aus Versehen ihre Kränze an einem sowjetischen Ehrendenkmal niederlegten, das an die sowjetischen Opfer des zweiten Weltkrieges erinnerte.

Am Abend kam es noch zu einem Überfall von mindestens fünf Neonazis auf drei AntifaschistInnen in Bernau. Die Angreifer versuchten die Antifas mit Hilfe von Fahnenstangen und Stöckern zu verletzen, aber die Antifas konnten weitgehend unverletzt fliehen. An der Tat beteiligt war unter anderem Jörg Hähnel – Vorstandsmitglied der NPD.

von Bartholomäus aus Bernau

Naziklamotten in Bernau

Die Nazimarke „Thor Steinar" gibt's im Einkaufszentrum

Die Modermarke Thor Steinar ist besonders in der rechten Szene beliebt und seit kurzem auch in der Bernauer Bahnhofspassage im Laden „Vegas" zu finden. Aber Thor Steinar ist bei den Rechten nicht nur sehr angesagt, sondern wird auch von ihnen hergestellt. Die Firmeninhaber von Thor Steinar sind nachweislich in der rechten Szene aktiv, unterstützen die militante Neonaziszene in Schweden und organisieren für diese auch Rechtsrock-Konzerte.

Thor Steinar wurde bereits einmal in mehreren Bundesländern verboten, da sich die Marke germanischer Runen bediente, die bereits von Reichsführerschulen und der 32. SS-Division im dritten Reich verwendet wurden. Nach dem Verbot änderte Thor Steinar das Symbol, aber dennoch sind Ähnlichkeiten nicht zu leugnen und die Firmeninhaber sind die gleichen Rassisten wie vorher. Selbst der Verfassungsschutz stellte bei seiner Untersuchung fest, die Marke sei *„auf der Seite derjenigen Rechtsextremisten positioniert, die ihre Ablehnung der Institutionen und Wertvorstellungen der demokratischen Verfassungsstaaten aggresiv und offen zum Ausdruck bringen"*.

Das heißt, dass die Einnahmen, die beim Verkauf von Thor Steinar entstehen, direkt in die rechte Szene fließen.

Nun wehren sich Bernauer AntifaschistInnen dagegen, dass Thor Steinar auch in Bernau die Möglichkeit bekommt, sich als „coole" Modemarke zu etablieren, um rechtes Gedankengut in die Gesellschaft zu transportieren und die Finanzierung neonazistischer Aktivitäten zu sichern. Aus diesem Grund wurde bereits ein Briefwechsel mit SPD und LINKE.PDS eingeleitet, um eine parlamentarische Mehrheit für das Vorhaben, Thor Steinar aus der Bahnhofspassage zu bannen, zu erreichen.

Wichtiger war, dass Bernauer AntifaschistInnen in der Bahnhofspassage selbst mit einer Flugblattaktion gegen Thor Steinar Widerstand leisteten. Diese antifaschistischen Bemühungen wurden allerdings recht schnell unterbunden, denn schon bald waren die „Ordnungshüter" vor Ort. Die Polizei erfasste die Personalien und der Hausinspektor erteilte den vier AntifaschistInnen ein Hausverbot, da diese der Bahnhofspassage durch die Aktion geschadet hätten. Doch wir wehren uns dagegen, dass menschenfeindliches, neofaschistisches Gedankengut zu Gunsten des Profitstrebens toleriert wird. Deshalb werden wir weiterhin gegen Thor Steinar mobil machen. Denn es gilt weiterhin: Kein Fußbreit den Faschisten!

www.revolution-bernau.de.vu

Organize

REVOLUTION ist eine internationale kommunistische Jugendorganisation. Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus. Zusammen mit GenossInnen auf der ganzen Welt treten wir für eine World Revolution ein. Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

Revo Berlin

Treffen: Café Rojo – siehe Seite 2
☛ www.revolution.de.com
berlin@revolution.de.com

Revo Bernau

Treffen: im Dosto – Termin erfragen
☛ www.revolution-bernau.de.vu
bernau@revolution.de.com

Revo Wolfsburg

Treffen: jeden Donnerstag um 17 Uhr
Jugendhaus Ost, Walter-Flex Weg 2
☛ www.revolution-wolfsburg.de.vu
wolfsburg@revolution.de.com

Revo Weltweit

Unabhängige ☛ www.iREVOLUTION.int.tc
CH ☛ www.revolution.ch.tc
CZ ☛ www.revo.cz.tc
AU ☛ www.revo.au.tt

„Partei"jugend ☛ www.worldrevolution.info
UK ☛ www.worldrevolution.org.uk
SE ☛ www.revolution.se
AT ☛ www.revolution-aus

V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg

Unabhängigkeits-erklärungen

mit Texten von Liebknecht, Lenin, Trotzki usw.



Der Weg zur Revolution

Manifest von REVOLUTION



Do It Yourself!

Eine REVOLUTION-Gruppe vor Ort selber aufbauen.

Forum

Willst du diskutieren? Dann besuche das REVOLUTION-Forum:



Zeitung der Jugendgruppe
Konterrevolution



Ackermann darf sich endlich vom Prozess freikaufen!

Josef Ackermann ist der Chef der Deutschen Bank. Also praktisch ein Mitglied der deutschen Regierung. Dennoch gesteht man ihm keine juristische Immunität zu. Er, berühmt für Rekordgewinne und Massen-Entlassungen, steht nun zum zweiten Mal für die gleiche Sache vor Gericht.

Ihm wird vorgeworfen (!!!) sich im Zuge der Übernahme des Mannesmann-Konzerns durch Vodafone gemeinsam mit dem damaligen Mannesmann-Aufsichtsratschef Joachim Funk und dem respektablen Gewerkschaftsbonzen Klaus Zwickel (IG Metall) selbst bereichert zu haben. Auch der damalige Mannesmann-Chef Klaus Esser wurde wieder mit vor Gericht gezerrt, nur weil man ihm die 30 Mio. Euro an Prämien und Abfindungen nicht gönnt, die er nach der Übernahme bekommen hatte.

„Man", das sind in diesem Falle irgendwelche kleinlichen Paragraphen-Heinis, die bestimmt auch noch Kommunisten sind. Die Aktionäre jedenfalls haben kein Interesse an dem Prozess, denn würde Ackermann verurteilt, wäre er vorbestraft, und die Deutsche Bank würde ihren Chef verlieren. Auch schadet schon das lange Verfahren dem Konzern, denn wer sich so sehr mit der Justiz beschäftigt, kann keine Bank erfolgreich führen.

Und die Konkurrenz, die natürlich hie und da auch Aufsichtsräte und Gewerkschaftsfunktionäre schmiert und sich ebenso schmieren lässt, kann so einen Prozess nicht wirklich gebrauchen. Eine Verurteilung bringt also keinem Menschen was. Der Staatsanwalt fürchtet sich einzig vor den Proleten, die geifern: „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen".

Dabei stellen wir uns die Frage: Wo leben wir hier eigentlich? Wem gehört denn jetzt die Justiz? Hat man ihr zuviel Leine gegeben, dass sie so einen Prozess ansetzt?

Doch nun hat Justitia wieder erkannt, wer ihre Herren sind. Man will Ackermann für 3,2 Mio. Euro (das ist immerhin etwa ein Sechstel seines Jahreseinkommens – aber rechnet sich sicher noch) von dem Prozess befreien. Das ist auch gut so, denn wie schon der Staatsanwalt erklärte: Die sechs Angeklagten sind durch die lange Prozessdauer schon genug bestraft.

Statt guten Männern unserer Wirtschaft das bisschen Veruntreuung vorzuwerfen, Männern, die so viel geleistet haben für Deutschland und immer noch leisten, sollte die Justiz ihre Kettenhunde lieber auf die ganzen Proleten hetzten, die faul in der sozialen Hängematte liegen und damit die Gelder des ganzen Volkes veruntreuen.

Avalaj, BLÖD

Die Elite kämpft für ihr Recht auf Studiengebühren



Bildung ist das Recht eines jeden reichen Menschen. So oder so ähnlich wird es in der kapitalistischen Gesellschaft propagiert. Aber hat jedes Kind aus einem reichen Elternhaus tatsächlich ein uneingeschränktes und exklusives Recht auf den Universitätsbesuch?

BLÖD sagt: Nein!

Zu lange wurde darüber geschwätzt, dass die Bildung ein Recht von „allen" – d.h. auch vom Pöbel! – sei. Zwar gibt es sehr effektive Maßnahmen, um die Universität als Exclusivclub der Reichen zu behalten – etwa die frühe Selektion im Schulsystem – die abgesichert, dass nur 15% der Studierenden Proleten sind. Aber das sind eben 15% zu viel!

Diese Ungerechtigkeit soll jetzt, endlich, aufgehoben werden. Die Forderungen der Elite sind einfach: Studieren darf jeder und jede (eigentlich nur „jeder" – müssen Frauen wirklich studieren?), der es sich leisten kann. Das würde einen enormen Bürokratieabbau bedeuten: statt langwierige Verfahren mit Notendurchschnitt, NC usw., bräuchte die Unileitung nur einen Blick auf den Kontoauszug zu werfen.

Die Elite koordiniert sich auch bundesweit, damit in jedem Bundesland die gleichen Standards durchgesetzt werden. Es bleibt zu hoffen, dass die linken Studenten das nicht ähnlich machen.

Aber vor den Terroristen, die jetzt Straßen blockieren (s. Foto) haben wir keine Angst!

von Kedalw, BLÖD-Reaktion-Redaktion



Chaoten in Südmexiko haben die Chaoten-Kommune ausgerufen! Seite 4

Arbeiter-Chaoten in Brasilien wollten VW in die Knie zwingen! Seite 6

Commie-Chaoten in Tschechien werden endlich verboten! Seiten 7